

Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 29 (1939)

Heft: 43

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltwohenschau

Die Bedeutung des britisch-türkischen Paktes.

Die türkische Politik hat schnell eine Wendung genommen, die wir nicht zu erwarten wagten. Nach dem Abbruch der Verhandlungen mit Russland erfolgte unmittelbar die Unterzeichnung eines Vertrages mit England, welcher das bisherige provisorische Abkommen ersetzt und eine Beistandspflicht beider Teile vorsieht, aus welcher man erkennt, wohin die Türken sich wenden. Wenn im Mittelmeer einer der Partner angegriffen werden sollte, leisten sie einander Hilfe. Die Türkei behält sich nur vor, dann neutral zu bleiben, wenn aus ihrem Eingreifen ein einseitiger Konflikt mit den Russen resultieren sollte.

Man kann sich fragen, ob nicht dieser letzte Satz Geheimnisse verbirgt. Aus welchem Grunde diese Sonderbehandlung der Russen? Es hieß doch, Moskau habe mit Forderungen Ankara dermaßen gepreßt, daß diesem nichts mehr übrig blieb, als sich den Westmächten in die Arme zu werfen. Sollten die Engländer diese Klausel nur zugestanden haben, um Russland nicht geradewegs herauszufordern? Und hat das britisch-türkische Bündnis nicht am Ende vor allem den Sinn, doch Moskau und gerade Moskau in Schach zu halten? Schlechtere Diplomaten als die Engländer würden in einer solchen Sache sicher mit aller Deutlichkeit verraten, was sie beabsichtigen, und ein Bündnis würde das provozierende Gesicht zeigen, das der Gefahr entspricht. Die Engländer aber tun so, als ob alles andere, nur nicht Russland gemeint sei, und die Russen können sich so benehmen, als glaubten sie's.

Wir halten die Deutung, London versuche die Türken als Brückenbauer nach Moskau zu benutzen und habe deswegen die Klausel angenommen, nicht für absolut falsch. Aber das schließt nicht aus, daß sie heute den Moskauern alles zutrauen. Es hat geheißen, die russischen Generäle verlangten militärische Positionen an den Dardanellen, um die Türken zu kontrollieren, falls sie etwa den Engländern die Meerengen nicht verschließen sollten. Sie hätten dafür Kompen-sationen geboten... auf Kosten Englands: Die Türken hätten freie Hand bekommen, um die mesopotamischen Petrolfelder zu erobern. Und gerade das sei den Türken nicht genehm gewesen. Wenn wirklich solche Versuchungen der Russen vorsägen, dann ist der erste Sinn des Türkengeschäfts ein kategorisches „Nein“ gegen die Russenpläne. In zweiter Linie kämen die Hoffnungen, „vielleicht später einmal“ mit den Türken, die sich die biedere Miene einer nach wie vor weiterdauernden Sympathie gegenüber Moskau geben, doch noch Moskau zu Verträgen zu gewinnen und auf diesem Wege von einem Vormarsch an den persischen Golf abzuhalten. Man kann nie wissen, wirklich nicht.

Die größten Optimisten waren jene, die annahmen, Stalin habe die Türken gepreßt, weil ihn die Deutschen dazu aufgefordert. Es sei ihm gar nicht ernst gewesen mit seinen Pressionen. Er habe nur Hitler beweisen wollen, daß er auf die Türken den gewünschten Druck ausübe, aber beim Abspringen Saradoglus, das ganz wie vorgesehen erfolgte, habe man die Achseln gezuckt und bedauert: Es sei eben nicht gegangen. Die Türken wollten nicht. Diese optimistische Version zirkulierte vor allem in London. Sie entspricht den seltsamen Bewerungen all dessen, was in den letzten Wochen von Russland erreicht wurde, und wie es der Kriegsminister Hore Belisha in seiner letzten Rede ausgesprochen: Stalin habe die sämtlichen Ostziele Hitlers coupiert; nicht die Deutschen würden das Korn in der Ukraine ern-

ten, und nach Rumänien würden sie dank Stalins Vorrücken nie gelangen.

Wenn man solche Reden hört, könnte man meinen, Stalin sei der Verbündete Englands, und seine Politik sei die Folge eines britisch-russischen Paktes. Wenn das stimmen würde, dann hätten auch die neuen britisch-türkischen Abmachungen nur den einen Sinn, eben im Einklang mit dem „russisch-britischen Bündnis“ zu wirken und den Deutschen eine weitere Barriere vorzuschieben. Aber Stalin ist nicht Englands Verbündeter, selbst wenn er ein trügerischer Bundesgenosse Deutschlands wäre. Er steht durchaus für sich und macht russisch-nationale Politik. Seine Erfolge bedeuten zwar endgültige Schranken für Hitler, sind aber zugleich Drohungen gegenüber dem gesamten Westen. Und falls er weiter vordringt, treffen die Drohungen zuallererst die Engländer. Ob er gegen Finnland und Skandinavien oder gegen die Türkei, Irak oder Persien marschiert, immer nähert er sich den englischen Interessenzenen. Und immer erinnert die russische Stoßrichtung an die historische Gegnerschaft zwischen den beiden Weltreichen, die nur darum nicht zum Ausbruch gekommen, weil die Deutschen mit einem Zwischenspiel die Entwicklung unterbrachen: 1914 und nun wieder 1938—39.

Weil es diese Tatsache des Gegensatzes zwischen der größten Seemacht und der größten Kontinentalmacht gibt, und weil England weiß, daß seine Gefahrstunde erst schlägt, falls einmal russische Landarmeen die Bufferstaaten Persien, Afghanistan und die Türkei bedrohen, deshalb halten wir alle Ansichten, die den Türkengeschäft nur gegen ein allfälliges italienisches Eingreifen in den Krieg oder gegen deutsche Angriffe im Balkan gerichtet glauben, für „romantisch“ oder „phantastisch“. Russland ist gemeint.

Es ist sogar zu erwarten, daß die Italiener, die man vom Vertragsabschluß benachrichtigte, insgeheim mit von der Partie sind. Die Sicherung des Balkans vor den Russen, die nach den türkisch-britischen Abmachungen wieder solidar aussieht, liegt in jeder Hinsicht auf der Linie der Politik Mussolinis. Da er gleichzeitig den Deutschen zu dienen hofft, ändert nichts an dieser Wahrheit. Die ganze verworrene Interessenschichtung aber, die um den Balkan spielt, hat sich durch den neusten Vertrag irgendwie vereinfacht. Das britisch-türkische „Halt“ gegen Moskau erleichtert Italien die im eigenen Interesse befolgte Neutralitätspolitik.

Zeit des Wartens.

Die Franzosen haben das ganze den Deutschen abgenommene Gelände, eingeschlossen den Warndtforst bei Saarbrücken, wieder geräumt und sich bis in die neu befestigten Vorfelder der Maginotlinie zurückgezogen. Die Begründung: Das frühere Vorrücken auf deutsches Gebiet habe den Sinn einer Entlastung Polens gehabt. Da nun Polen nicht mehr zu helfen sei, gebe man das Gelände wieder auf und beschränke sich auf die Verteidigung der Maginotlinie, dem Gegner überlassend, diese Linie zu be-rennen. Ergänzt man diese Darstellung der britisch-französischen Armeeleitung, so muß man folgerichtig weiterfahren: „Wir haben unsere Hoffnung auf die Blokade gesetzt. In einigen Monaten werden unsere Kriegsflotten die Meere von den deutschen U-Booten gesäubert haben. Es wird uns ebenso gelingen, die deutschen Kreuzer und Zerstörer in die Ostsee und in die Nordseehäfen zu jagen und dort festzulegen. Die deutsche Wirtschaft wird nicht imstande sein, den Anforderungen des Krieges und

der Erzeugung von Waren für den Tauschverkehr mit den Russen gleichzeitig zu genügen. Sehr wichtige Rohstoffe, die heute schon fehlen, werden nicht einzubringen sein. Die Deutschen werden also zur Offensive gezwungen, sei es vor dem französischen Festungswall oder gegen neutrale Länder, sei es in irgendeiner andern Richtung. Desgleichen werden sie ihre Luftflotte einsetzen und abnützen müssen; in der Luft werden sie die Abnützung nicht in gleichem Tempo wettmachen können wie wir; die britische Flugzeugfabrikation läuft in immer schnelleren Touren. Und hinter uns stehen die Dominions und USA mit dem ganzen Amerika. Hitler kann auch mit verzweifelten Angriffen zur See versuchen, sich Luft zu verschaffen; er kann das Experiment „U-Boot und Flugzeug gegen Schlachtschiff“ in großem Stil erproben. Er wird auch hier den Kürzern ziehen . . .“

Nach dieser Kundgebung, die wir im Sinne der britisch-französischen Absichten formuliert haben, gibt es also nichts weiter zu tun, als zu warten. Zu warten auf das, was von deutscher Seite unternommen werden wird. Hitler hat seine Parteiführer und Armeekommandanten versammelt und das Vorgehen beraten. Was beschlossen wurde, weiß man heute, im letzten Oktoberdrittel, noch nicht. Es läßt sich alles mögliche denken. Sehr grotesk würde die Situation werden, wenn man auch in Berlin zur Ansicht käme, warten sei profitabler als angreifen. Obgleich eine derartige Haltung ganz gegen die Methoden Hitlers spricht, dürften die Deutschen sie wagen für den Fall, den man bisher von Berlin aus als durchaus gegeben bezeichnet, für den Fall nämlich, daß man die Blockade nicht zu fürchten hat. Man würde also weiter Flugzeuge bauen und Piloten ausbilden, weiter Geschütze und Tanks häufen, ohne die vorhandenen abzunützen. Man würde die Kommunikationen mit Rußland und den Donauländern ausbauen und sich wirtschaftlich sichern.

Aber: Wenn die Blockade nicht zu fürchten ist, muß man nicht etwas anderes fürchten: Die rasend angekurbelte britische Aufrüstung und die parallel gehende Rekrutierung weiterer britischer Armeen, die nach so und so viel Monaten ausgebildet sein werden? Muß man nicht loschlagen, damit England nicht auf der ganzen Linie ebenbürtig und zuletzt überbürtig wird?

Es gibt noch einen Grund, der ein deutsches Zuwarten als möglich und erklärlich erscheinen läßt. Man hat in der letzten Woche von einem geheimnisvollen Handelskreis an Hitlers an Stalin gehört. Es soll sich auf die Pression gegenüber den Türken bezogen haben. „Soll“ . . . vermutlich standen andere Anregungen darin. Und welche, läßt sich unschwer vermuten. Die deutsche Presse hat seit den Septembertagen die deutsch-russische Verbindung andauernd enger dargestellt, als sie wirklich war. Mit andern Worten: Der Wunsch, der hier Vater des Gedankens ist, möchte das Zusammengehen in andern Ausmaßen als bisher. Und es kann gar nicht anders sein: Wenn das Dritte Reich schon in den Entscheidungskampf gegen England eingetreten, wenn die britischen Staatsmänner der Herrschaft Hitlers und seiner Partei die Vernichtung zugesichert haben, dann möchte Hitler diesen Kampf mit dem ganzen Einsatz führen, gegen den ganzen Einsatz des britischen Weltreiches, möchte nicht riskieren, zu verbluten, damit der „Erbe Stalin“ dem geschwächten England erst nachher, nach dem deutschen Zusammenbruch die zugesetzten Schläge verzeige. Hitlers Botschaft an Stalin, die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen, die aufs Höchste entgegenkommende Haltung in der Frage des Rückzuges aller Deutschen aus dem russischen Interessenkreis, auch aus Finnland, das spricht alles dafür, daß Berlin zuwartet, weil Stalin vielleicht doch zur aktiven Teilnahme zu gewinnen wäre!

Wir halten dies für eine deutsche Illusion und glauben, die Entscheidung sei schon gefallen: Die Offensive sei den deutschen Armeen durch die drohende britische Übermacht der Zukunft und das Ausbleiben militärischer russischer Hilfe zwingend vorgeschrieben. Wann sie kommt . . . die Pause des Abwartens wird einmal zu Ende sein.

Teuernung, Wahlen, Anleihen, Import . . .

Die Diskussion, ob die Preise steigen werden, oder ob man sie niedrig halten könne, ist entschieden: Auf der ganzen Linie werden Erhöhungen festgestellt oder angekündigt. Die wenigen Artikel, die einer Verfügung der obersten Landesbehörde auf Grund von Besprechungen mit den Interessenten unterstehen, werden wahrscheinlich die letzten sein, die erhöht werden. Es ist eine Bewegung, die nicht zur Beruhigung des Landes dient, und man fragt sich, ob es wirklich so unmöglich ist, die allenthalben verlangten Preisaufschläge zu verhindern, d. h. ob die Preiskontrolle im Bundeshaus nicht allzuleicht nachgab und sich nicht allzuleicht überzeugen ließ von den Fürsprechern der Produzenten und des Handels.

Da erzählen uns Kleiderhändler, anfangs September habe man von Seiten der Lieferanten vernommen, es würde kein Mangel an Waren eintreten. Die Lager seien übervoll; man sei auf viele Monate oder Jahre hinaus eingedeckt. Nach zwei Monaten lautet die Antwort auf jede Bestellung, man könne nicht liefern, oder nicht zu den bewilligten 15 % Preiserhöhung, nur, wenn 25 % draufgeschlagen würden. Elastiques steigen gleich um 70 %, heißt es. Hosenträger hätte man hamstern sollen usw. usw. Billige Ware verschwindet, angeblich, weil in der Branche die Arbeiter fehlen und die noch vorhandenen nicht zu den bisherigen Löhnen weiterschaffen wollen. Zur Preissteigerung kommt die Lohnbewegung, ohne daß „Anstiftung“ vorläge. Aber bald einmal wird es zu organisierten Lohnbegehren kommen, und bekanntlich sieht man darin bei gewissen Kreisen schon eine Art Revolution, die zu unterdrücken wäre. Wie man sieht, die Preisbewegung scheint den Frieden nicht zu fördern.

Die Wahlkämpfe, die in dieser Woche glücklicherweise zu Ende gehen, beziehen ihre Argumente weitgehend diesen aufgerollten ökonomischen Problemen. Es muß heißes Blut geben bei denen, die mit halbem Einkommen davon hören, daß nur die Wahlresultate abgewartet würden, um nachher den Milchpreis heraufzusehen. Schon die Steigerung des Kartoffelpreises von 12 auf 15 Franken Minimum, zuzüglich 3 Franken für Fuhr bis zum Konsumenten hat mißmutige Gesichter in Menge gezeitigt.

Die Argumente, die allen andern vorangehen sollten, Besinnung auf die höhern Fragen, Sammlung um die vaterländische Fahne, Einigkeit um jeden Preis, werden in ihrer Kraft vermindert, wenn die „Schere“ zwischen Preisen und Einkommen sich weiter öffnet. Es wird mancher sagen: Vaterland, Einigkeit, gut so, aber wir wählen gegen die „Macher der Teuerung“, gegen jene, die mit Absicht Waren zurückhalten . . . wir sind darum nicht minder vaterländisch . . . im Gegenteil, wir sind es erst recht, und gerade deswegen!

Inzwischen muß der Bund sein erstes Anleihen aufnehmen. Für 200 Millionen Schäfcheine zu niedrigem Zinsfuß werden ausgegeben; die Zeichner werden nicht lange überlegen, ob die neue Belastung der Eidgenossenschaft („neue Bierelmiilliarden zu den bisherigen Milliarden“) rentabel sei, oder „ungesund“. Wir möchten nur sagen, daß eine ganz anders ausgeweitete Wirtschafts- und Konsumbasis als bisher notwendig sein wird, um den Bundes-Schuldenberg zu tragen. Er ist immerhin tragbar, aber unter der genannten Bedingung.

Der besorgte Eidgenosse schaut nach den Anzeichen eines wiederbelebten Imports (und selbstverständlich auch Exports) aus. Es scheint immer sicherer, daß Italien seine Neutralität nicht aufgeben wird, daß also der Handel über Italien nach Übersee, wenn der Kaperkrieg entschieden werden könnte, rasch an Umfang zunehmen würde. Sollte diese Wendung eintreten, könnten wir hoffen, die Preisbewegung zu verlangsamen und damit alle Probleme, auch die der neuen eidgenössischen Verschuldung, zu erleichtern.

—an—